

<http://www.al-fadjr.com/ar/national/123732.html>

**05.09.2009, Al-Fadjr (algerische Tageszeitung)**

*Wegen Meinungsunterschieden über Quoten für Maghrebstaaten / Paris ist entschlossen, 27.000 Migranten abzuschieben, und registriert Anstieg bei Asylanträgen*

## **Französische Quelle bestätigt stockende Kommunikation zwischen Algerien und Paris über Umsetzung des Einwanderungsgesetzes**

Eine Quelle aus französischen Diplomatengruppen sieht die Ursache für die stockenden Gespräche zwischen Algerien und Frankreich über die Anwendung des neuen französischen Einwanderungsgesetzes darin, dass es schwierig sei, sich über die Quote einig zu werden, die den Maghrebstaaten jeweils gewährt wird. Zuvor hätte Tunesien eine Übereinkunft über die Aufnahme von 2000 Migranten jährlich erzielt. Zwischen dem algerischen Staatspräsidenten Bouteflika und seinem französischen Amtskollegen Sarkozy werde es diesbezüglich offizielle Verhandlungen über die Erneuerung des Migrationsabkommens aus dem Jahr 1968 geben.

Frankreich hatte neue Regelungen zur Aufnahme legaler Migranten geschaffen. Sie machen es zur Bedingung, dass letztere eine für ihr Land spezifische berufliche Ausbildung sowie - um ihnen bei der Kommunikation zu helfen - eine weitere in Französisch erhalten. Sarkozy hat in diesem Zusammenhang den Begriff der selektiven Migration geprägt.

Unsere Quelle, mit welcher wir per Telefon gesprochen haben, hat uns indes nicht gesagt, wieviele Algerier sich unter den schätzungsweise 27.000 illegalen Migranten befinden, welche Frankreich entschlossen ist binnen Jahresfrist abzuschieben. Unser Gesprächspartner sagte lediglich: "Unter ihnen sind gewiss auch Algerier." Die algerische Nachrichtenagentur hatte vorgestern den französischen Minister für Einwanderung, Eric Besson, mit den Worten zitiert, sein Land sei entschlossen, noch vor Ende des laufenden Jahres 27.000 illegale Einwanderer abzuschieben. [...] Dieses Vorgehen ist von zahlreichen NGOs und humanitären Organisationen heftig kritisiert worden, insbesondere im vergangenen Jahr, als die Maßnahmen intensiviert wurden, Familien samt ihren Kindern in Verwaltungshaftzentren zu bringen.

Die Liga für Menschenrechte hatte einen Offenen Brief an den Minister gerichtet<sup>1</sup>, in dem sie von ihm forderte, die Kinder von illegalen Einwanderern nicht in Haftzentren zu bringen. In dem Brief hieß es: "Wir fordern Sie auf, diesem Gesetz ein Ende zu setzen, welches in Widerspruch zur Besonderheit des Kindes steht und welches unser Land hinsichtlich seiner internationalen Verpflichtungen in eine inakzeptable Lage bringt." Die Unterzeichner des Briefes meinten, die Erziehungsberechtigten, seien "frei, ihre Kinder ins Haftzentrum mitzunehmen oder auch nicht, bzw. sie ins Ausland zu geben".

Die algerische Nachrichtenagentur zitierte den französischen Minister weiterhin mit dem Worten: "Frankreich bleibt ein gastfreundliches Land." Besson verwies darauf, dass zwischen dem 1. Januar und 31. Juli dieses Jahres 827.104 langfristige Aufenthaltsgenehmigungen ausgegeben worden seien. Er fügte hinzu, im Rahmen des Asylrechts erteilte Aufenthaltsgenehmigungen verzeichneten einen fortwährenden Anstieg von 22 %. Die Zahl derjenigen im Rahmen der familiären Migration sei hingegen um 6,7 % zurückgegangen.

*Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*

<sup>1</sup> Anm.d.Übers.: Der Offene Brief im französischen Original ist unter folgender Internetadresse zu finden: <http://www.ldh-france.org/Enfants-enfermes-lettre-ouverte-du>